

Sitzung Nr. 11 vom 11. November 2014

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Alexander Kaufmann Urs Wirth Clivia Wullimann Markus Neuhaus (Ersatz) Aldo Bigolin Hubert Bläsi Renato Müller Richard Aschberger Heinz Müller Marc Willemin (Ersatz) Andreas Kummer Marco Crivelli Nicole Hirt
Entschuldigt	Angela Kummer Ivo von Büren
Anwesend von Amtes wegen	Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Paul Hartmann, Präsident FKSG Rolf Glaus, Schulleitung Bezirksschule Grenchen-Bettlach Maya Karlen, Leiterin Schulverwaltung David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik Jacqueline Bill, Schulleitung Zentrum Daniel Gäumann, Stadtbaumeister Luzia Meister, Stadtschreiberin (Protokoll)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 19:45 Uhr
TRAKTANDEN	(2882 - 2895)
1	Protokoll der Sitzung Nr. 10 vom 21. Oktober 2014: Beschlüsse Nr. 2864, 2866 und 2867

- 2 2882 Strukturreform der Pensionskasse der Stadt Grenchen, Anpassung an Bundesrecht: Änderung der PK-Statuten und des Vorsorgereglements: 2. Lesung
- 3 2883 Pensionskasse: Jahresrechnung 2013 und Bilanz per 31. Dezember 2013 mit Bericht der Kontrollstelle
- 4 2884 Projekt Konsolidierung Schulleitungsstrukturen Grenchen: Bericht und Antrag der Projektleitung an den Gemeinderat: 2. Lesung
- 5 2885 Personal GLSG Schulen: Wiederbesetzung der Stelle Schulleitung Halden 80-100 % - Einsetzen eines Wahlausschusses
- 6 2886 Personalsteuer - Anpassung Steuerreglement an das Steuergesetz und Überprüfung der Personalsteuer
- 7 2887 Spezielle Förderung Schuljahr 2015/16 – Antrag 36 Förderlektionen für die Primarschule
- 8 2888 Statistiken und Prognosen aus verschiedenen Schulbereichen der Stadt Grenchen / Genehmigung des Pensenantrages an den Kanton für das Schuljahr 2015/16
- 9 2889 Ornithologischer Verein Grenchen / Baurechtsvertrag GB Grenchen Nr. 1755 / Erneuerung
- 10 2890 Motion Clivia Wullimann (SP): Verlängerter Vaterschaftsurlaub: Beschluss über Erheblicherklärung
- 11 2891 Interpellation Remo Bill (SP): Planungsstand der SEK 1 Reform in der Stadt Grenchen
- 12 2892 Interpellation Remo Bill (SP): «BMX - Pisten» auf Grenchens Strassen? Der Unterhalt gewisser Strassen in der Stadt Grenchen lässt zu wünschen übrig
- 13 2893 Interpellation Clivia Wullimann (SP): Fragen zur Pensionskasse
- 14 2894 Interpellation Clivia Wullimann (SP): Fragen zur rechtlichen Kompetenz der Stadt Grenchen (zum zweiten)
- 15 2895 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

Die Beschlüsse Nr. 2864, 2866 und 2867 des Protokolls der Sitzung Nr. 10 vom 21. Oktober 2014 werden genehmigt.

- o -

Strukturreform der Pensionskasse der Stadt Grenchen, Anpassung an Bundesrecht: Änderung der PK-Statuten und des Vorsorgereglements: 2. Lesung

Vorlage: PKK/05.11.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1. Stadtschreiberin Luzia Meister, Leiterin Rechtsdienst, fasst die Vorlage zur 2. Lesung kurz zusammen und erläutert die Arbeitsschritte seit der letzten Sitzung. Man hat entgegenkommenderweise von der Stiftungsaufsicht des Kantons eine Vorprüfung erhalten und diese dann am 29.10.2014 an einer Besprechung mit ihr diskutiert und die Vorlagen überarbeitet und am 9.11.2014 mit der PK-Kommission (PKK) besprochen. Diese hat die Änderungen einstimmig und ohne Enthaltungen beschlossen. Unterdessen hat die Stiftungsaufsicht bereits eine neue Rückmeldung abgegeben und sich grundsätzlich mit den neuen Anpassungen einverstanden erklärt.
 - 1.2. Michael Weidmann, Libera AG, erinnert ergänzend noch pro memoria daran, was die Änderung des Bundesrechts beabsichtigt: Die öffentlich-rechtlichen Körperschaften dürfen nicht mehr gleichzeitig über die Finanzierung und die Leistungen beschliessen. Bei der Pensionskasse der Stadt Grenchen beantragt die PKK, dass die Stadt weiterhin die Finanzierung bestimmen soll, die Leistungen aber von der PKK bestimmt werden.
 - 1.3. Vom Personalamt (Esther Müller-Cernoch) folgen keine weiteren Ergänzungen.
2. Eintreten wurde an der letzten Sitzung beschlossen
 - 2.1. Gemeinderat Andreas Kummer erkundigt sich, was passiert, wenn die PKK eine Erhöhung der laufenden Renten um zum Beispiel 5% beschliesst, der Gemeinderat eine Erhöhung der Prämien aber ablehnt.
 - 2.2. Wenn die PKK entscheidet, dass sich die Renten erhöhen, ist dies möglich, solange freie Mittel der Pensionskasse verfügbar sind. 5% sind aber eine massive Erhöhung und so viele freie Mittel werden nicht zur Verfügung stehen. Also müsste die PKK einen entsprechenden Antrag dem Gemeinderat vorlegen. Dieser diskutiert die Erhöhung und entscheidet, ob sich die Stadt diese Mehrkosten leisten kann. Falls nicht, geht das Geschäft zurück an die PKK zur Prüfung neuer Lösungen, resp. Anpassung einer allfälligen Erhöhung der Renten.

3. Detailberatung

- 3.1 Gemeinderat Hubert Bläsi zur Amtsdauer der Revisionsstelle S. 9, § 17, Abs. 3 der Statuten: Was bedeutet der Kommentar „Das OR zum Beispiel...“ für das vorliegende Reglement?
- 3.1.1 Luzia Meister führt aus, dass die PKK auch engere Vorschriften machen könnte, zum Beispiel Revisionsstellen nur für jeweils maximal zwei Jahre zu wählen, das OR gibt das Maximum an. Die Idee dahinter ist, dass eine Revisionsstelle von Zeit zu Zeit gewechselt werden sollte, da sich so weniger „Betriebsblindheit“ etc. einschleicht.
- 3.1.2 Michael Weidmann ergänzt, dass dieser Hinweis von der Stiftungsaufsicht gekommen ist. Das OR hat aber keine spezielle Beschreibung für Pensionskassen, die erwähnte Regel gilt für Aktiengesellschaften. Die Überlegung war, dass diese wohl auch vernünftig für eine Pensionskasse ist.
- 3.2. Hubert Bläsi zu Seite 7, § 58, Erläuterungen „... das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer, da es nicht prozentual fixiert ist.“; wie ist das gemeint?
- 3.2.1 Michael Weidmann erläutert, dass im Reglement eine Abstufung nach Alter vorgesehen ist. Der Arbeitgeber zahlt den Betrag X, der Arbeitnehmer den Anteil Y. Nun ist aber die Verteilung der Beiträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer prozentual nicht immer exakt gleich und auch nicht als fixe Verteilung vorgesehen – z.B. nicht immer 60:40, wie das z.T. in anderen Kassen festgelegt ist. Deshalb gehören auch die Arbeitnehmerbeiträge zu den Finanzierungsaspekten, die ohne Mitwirkung der Gemeinde nicht geändert werden können. Die PKK könnte also nicht einseitig nur die Arbeitnehmerbeiträge senken, ohne die Gemeinde beizuziehen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, folgendes zu beschliessen:
- a. Die Revision der Statuten der Pensionskasse der Stadt Grenchen wird genehmigt.
 - b. Die Revision des Vorsorgereglements der Pensionskasse der Stadt Grenchen wird genehmigt.
- 4.2. Diese Änderungen treten nach der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung am 1. Januar 2015 in Kraft, unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Vollzug: KZL

GV
 PKK
 PK
 PA
 RD
 SWG

0.2.2 / LM

Pensionskasse: Jahresrechnung 2013 und Bilanz per 31. Dezember 2013 mit Bericht der Kontrollstelle

Vorlage: PA/20.10.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1. Michael Weidmann, Libera AG, erläutert anhand einer Präsentation die Jahresrechnung 2013 der Pensionskasse Stadt Grenchen im Detail (siehe Beilage).
 - 1.2. Gemäss Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, hat der Gemeinderat die Jahresrechnung 2013 und Bilanz per 31.12.2013 der Pensionskasse erhalten. Die Pensionskassenkommission (PKK) hat am 20. Oktober 2014 die Jahresrechnung 2013 der Pensionskasse und den Bericht der Kontrollstelle genehmigt. Jahresrechnung und Bilanz sind nach den Statuten der Pensionskasse dem Gemeinderat zu unterbreiten.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung
 - 3.1. Gemeinderat Andreas Kummer freut sich über das positive Ergebnis und den guten Deckungsgrad und dankt für die Arbeit. Dennoch hat er noch zwei Bemerkungen: Erstens wünscht er künftig eine Auflistung der Anlagen (Obligationen, Immobilien, Aktien), um den Anlageerfolg zu sehen. Zweitens würde es ihn zukünftig interessieren, wie das Resultat beim Anlagenmix aussieht. Zudem bemerkt er, dass die Zusammensetzung der Pensionskassenkommission auf Seite 5 noch nicht angepasst wurde.
 - 3.2. Vize-Stadtpräsident Urs Wirth begrüsst, dass die Pensionskasse die letzten drei Jahre positiv abgeschlossen hat. Er ist zufrieden und verdankt die gute Führung durch die Pensionskassenkommission und die Revisionsstelle.
 - 3.3. Esther Müller-Cernoch wird veranlassen, dass der Anlagenmix zukünftig detailliert aufgeführt ist. Betreffend die Zusammensetzung der Pensionskassenkommission auf Seite 5 ist zu sagen, dass die im 2013 zusammengesetzte Kommission für die Rechnung 2013 verantwortlich und deshalb dort aufgeführt ist. Für die Rechnung 2014 wird dann die aktuelle Pensionskassenkommission verantwortlich sein.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Die Jahresrechnung 2013 der Pensionskasse der Stadt Grenchen wird genehmigt.

Vollzug: PA

Beilage: Präsentation M. Weidmann zur Pensionskasse der Stadt Grenchen vom 11.11.2014

PKK
PK
SWG
PA

0.2.2 / LM

Projekt Konsolidierung Schulleitungsstrukturen Grenchen: Bericht und Antrag der Projektleitung an den Gemeinderat: 2. Lesung

Vorlage: KZL/01.10.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger gab das Funktionendiagramm zu einem Missverständnis Anlass – die SP-Fraktion habe nur die wichtigsten Punkte gewünscht. Er stellt klar, dass das Papier bloss eine Orientierung ist und nicht Gegenstand der heutigen Abstimmung ist.
 - 1.2. Max Wittwer, Projektleiter, präsentiert kurz mit Folien (Beilage) die wichtigsten Punkte und konzentriert sich auf die Ergänzungen, da die Zielsetzungen gleich bleiben und das Schulleitungsmodell 6 favorisiert bleibt. Das Funktionendiagramm ist noch nicht vernehmlasst und eine blosse „Arbeitskopie“, die nicht heute zu diskutieren ist. Nach dem Modell-Entscheid muss die nächste Phase gemäss Zeitplan in Angriff genommen werden.
 - 1.3. François Scheidegger ergänzt, dass richtig gesagt wurde, dass der Modell-Entscheid beim Gemeinderat liegt. Die GLSG werde beim weiteren Prozess beim Funktionendiagramm noch mitwirken können.
 - 1.4. Paul Hartmann, Präsident FKSG, erläutert, dass die Fachkommission gebeten wurde, die Unterlagen aus Sicht der Fachkommission zu prüfen und hier zu beurteilen. Dabei stechen drei Punkte hervor, auf die er eingehen möchte.
 1. Ziel heute: Modellwahl
Die Fachkommission hofft, dass heute ein Grundsatzentscheid zugunsten des richtigen Modells gefällt wird. Dies war eine politische Aussage. Ohne Grundsatzentscheid wird die Situation unnötig verlängert und belastet. Aus FK-Sicht sind für einen Grundsatzentscheid die Grundlagen genügend, die Informationen liegen vor, Rahmenbedingungen und Weichstellungen sind ebenfalls klar.
 2. Situation aus Sicht Fachkommission
Jede Situation wird von verschiedenen Betrachtern anders empfunden. Die Fachkommission kann und darf eine andere Meinung haben als Politik oder Schulen oder andere Fachleute sein. Für das Verständnis in dieser Situation dankt die Fachkommission. Eine Stadt wie Grenchen kann, darf und muss sogar die Organisationsstrukturen hinterfragen, anpassen oder auch belassen. Somit ist die Diskussion um die Schulen eine normale Sache. In Grenchen ist sie aber seit 2006 ein Dauerbrenner, der zu Verunsicherungen und Unzufriedenheit führt.

Die FKSG hofft sehr, dass mit einem neuen Anlauf eine Situation geschaffen werden kann, bei der dies wegfällt und die Kraft in die Arbeit gesteckt werden kann. Der Grundfrage war immer Kollektivführungsmodell versus CEO-Modell. Den Mitgliedern der heutigen Schulleitung möchte er von der Fachkommission ausdrücken, dass diese gesamthaft eine ganz tolle Entwicklung hinter sich haben und Leistungsbereitschaft wie auch -fähigkeit bewiesen. Dass es Optimierungsmöglichkeiten gibt, ist jedem klar und ist normal. Dies ist bei jedem Führungsmodell so. Aus der Sicht der FK ist - wertungsfrei – festzustellen, dass offensichtlich der politische Willen der primäre Treiber ist und die effektiven Vor- und Nachteile des bestehenden Modells. Die politischen Kräfte haben sich aus der Sicht der Fachkommission so verschoben, dass jetzt offensichtlich die Voraussetzungen für einen Wechsel gegeben sind. Die FK habe ihre Meinung kund getan, wird sich jetzt aber nicht weiter zu der bisherigen Geschichte und den verschiedenen Papieren äussern, sondern gerne ihren Teil beitragen, dass auch eine neue Organisation Erfolg haben kann. Vor allem, weil überall versprochen wird, dass der gute Teil des bisherigen Modells beibehalten werden soll. Die FK ist politisch nicht mehr gefragt. Dass ihr dies nicht gefällt, ist verständlich. Sie habe das aber verstanden und akzeptiert. Trotzdem werden wird sie mitarbeiten solange sie im Amt ist.

3. Bemerkungen zum Modell 6

Das Modell 6 sei nun politisch klar favorisiert. Es bringt den klaren Wechsel vom bestehenden Kollektivführungsmodell hin zum CEO-Modell. Die Schulverwaltung wird heute als einen Teil der Schulen Grenchen bereits im Stil eines CEO-Modells von Maya Karlen geführt und ist im Grunde nichts anderes als ein Mitglied der Geschäftsleitung der Schulen. Daran würde sich demnach nichts ändern. Der neue „Abteilungsleiter Bildung“ (zusammengeführte Schulverwaltung und Schulen Grenchen) wird klar Chef der Schulleitenden und der Schulverwaltung. Damit muss er Fähigkeiten im Bereich Schule, aber auch Pädagogik, sowie Verwaltung abdecken können. Mir wurde immer gesagt, dass die positiven Punkte des bestehenden Modells weiterhin bestehen bleiben und fortgeführt werden sollen. Das heisst, die geleiteten Schulkreise mit den Schulleitern sind eine formelle Vorgabe, ebenso eine Geschäftsleitung mit Ressorts. Dies ist eine Situation, die nicht mehr umgestossen werden kann, wenn man das Modell 6 will. Es wird also eine Geschäftsleitung mit Ressort folgen. Damit stellt das Modell 6 eine fachliche Aufteilung mit klaren Hierarchien dar, mit entsprechenden Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Kompetenzen und entsprechenden Pensen, die dahinter stehen, und hoffentlich auf Basis optimierter Prozesse. Letztlich sei aus Sicht der FK nicht primär die Wahl des Modell wichtig, sondern die klare Ausarbeitung der Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Kompetenzen und zwar so, dass es für alle Beteiligten weiterhin ein Ansporn bleibt, in der Geschäftsleitung Bildung, für Ressorts verantwortlich zu sein und sich einzubringen. Das umso mehr, dass eine gute Lösung gefunden wird und - entschuldigt die Bemerkung - wenn Grenchen nicht weiterhin mit solchen Fragestellungen der Führungsorganisation weiterleben will. Nun ist es wichtig, so schliesst er sich Max Wittwer an, dass sich die Beteiligten und Betroffenen in dieser Ausgestaltung einbringen können, für ihre Anliegen kämpfen, aber auch akzeptieren, wenn es andere Meinungen gibt und dass nicht alles beim Alten bleiben kann. Hier ist der Zug auch abgefahren. Aus FK-Sicht gilt es, die heutige Entscheidung als Chance zu nutzen und die neuen Abteilung Bildung mit dem Modell 6 zu bauen und zu Blühen zu bringen.

- 1.5. François Scheidegger berichtet aus der Sitzung der GLSG, die er am Vortag besuchte. Rolf Glaus besuchte ja als Vertreter der Geschäftsleitung die GR-Sitzung vom 21.10.2014 und hat sich dort ausführlich zum Geschäft geäußert. Die vier wichtigen Punkte sind genau wie die anderen Ausführungen protokolliert worden.

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderätin Clivia Wullmann teilt im Namen der SP-Fraktion mit, dass diese nicht hinter dem Modell 6 stehen kann. Die SP-Fraktion hat bereits an der letzten GR-Sitzung ihre Bedenken erläutert. Man möchte jetzt etwas, das sich gut bewährt hat abschaffen. Man möchte „seinen Kopf durchsetzen“, was ja aufgrund der politischen Situation möglich ist, das sie aber ablehnen. Sie ist auch enttäuscht, dass entgegen der Forderung nach einem einfachen, kurzen Papier mit den dargestellten Funktionen, ein Bündel an Unterlagen zur Klärung der Funktion des „neuen Schuldirektors“ folgte. Aus all den zugestellten Unterlagen weiss sie noch immer nicht, welche Aufgaben diese Person wahrnehmen wird. Deshalb kann sie nicht „JA“ zum Modell 6 sagen. Es wurde nicht das gemacht, was verlangt wurde. Die Fachkommission informierte, dass das Ressortsystem beibehalten werden soll, allerdings weiss ich nicht, wie das Ressortsystem eingehalten werden kann, wenn nicht klar ist, ob auch der Schuldirektor ein Ressort zu verwalten hat. Die Frage lautet ganz einfach: was hat diese Person eigentlich zu tun? So, wie das Ressortsystem im Moment funktioniert, wird es mit einem neuen CEO sicher nicht gehen und es wird Änderungen geben, wessen man sich bewusst sein muss. Ev. werden sie die Neuerungen mit Unterstützung der Lehrerschaft bekämpfen. Dann braucht es neue Reglemente, die von der Gemeindeversammlung genehmigt werden müssen.
- 2.2. Gemeinderat Aldo Bigolin erläutert, dass die FDP-Fraktion die Vorlage ja bereits vor der letzten Gemeinderatssitzung eingehend diskutiert hat, und das Modell 6 weiterhin unterstützt. Der Ist-Stand des Funktionsdiagrammes und die zukünftige rekordschnell gelieferte Version des Diagrammes zu Modell 6 seien eine gute Grundlage (Arbeitspapiere). Nach dem Modell-Entscheid wird das Funktionsdiagramm und die ganze Prozesslandschaft erarbeitet werden können. Die FDP-Fraktion nimmt das Papier als mögliches Funktionsdiagramm zur Kenntnis und wird dem Modell 6 zustimmen.
- 2.3. Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Richard Aschberger, hat nichts grundsätzlich Neues zu diesem Thema zu berichten. Das Funktionendiagramm wird so zur Kenntnis genommen; es ist nichts neues, sondern bereits seit 2010 bekannt. Die definitive Arbeit an den Funktionen beginnt erst nach dem Modellentscheid. Die SVP hält an Modell 6 fest.
- 2.4. Vize-Stadtpräsident Urs Wirth ist im eigenen Namen der Meinung, dass die Schulen in Grenchen hervorragend funktionieren. Das Führungsmodell hat sich bewährt und den Reformen, welche in letzter Zeit angestanden sind, auf eine gute Art umgesetzt. Dies wurde immer wieder bestätigt mit dem entgegengebrachten Lob zu den am Ende des Jahres verfassten Berichten der Schulen. Dies bestätigt, dass wir gute Schulen, gute Führungskräfte und ein gutes Modell haben. Wie Paul Hartmann vorher bereits sagte, sind nun die politischen Signale klar gegeben worden. Das Modell 6 ist ein Kompromiss, dem er persönlich auch zustimmen kann, weil es das vergangene Modell so weiterdreht, wie wir es uns vorgestellt hatten, unter der Voraussetzung, dass die Kompetenzen dort bleiben, wo sie grossmehrheitlich waren. Dies ist offenbar auch der Wille des Stadtpräsidiums und unter diesem Aspekt werde ich dem Modell 6

zustimmen können, allerdings immer mit dem Vorbehalt, den ich hatte, dass wir eigentlich gar kein neues Modell brauchen würden.

- 2.5. Gemeinderat Marco Crivelli erläutert, dass die CVP-/glp-Fraktion keine neuen Erkenntnisse erhalten hat und dem Modell 6 zustimmen wird. Dies aber nicht nur, weil es der politische Kopf so will. Es ist so, dass ein Vorsitzender seine Aufgaben nur wahrnehmen kann, wenn er über die nötigen Kompetenzen verfügt. Dies geht alles aus dem Bericht der Geschäftsleitung hervor, in dem die Schulleiter in ihren Schulkreisen als eigentliche CEO bezeichnet werden, mit Zitat „mit allen dazu notwendigen Kompetenzen, Aufgaben und Pflichten“. Nur so kann ein Vorsitzender auch funktionieren. Wie Gemeinderat Wirth bereits erwähnt hat, sehen auch wir das Modell 6 nicht als etwas komplett Neues an, sondern als Weiterentwicklung des bestehenden Modells. In diesem Sinne wird die Fraktion dem Modell 6 zustimmen.
- 2.6. Gemeinderat Remo Bill erklärt, dass sich die SP deutlich distanziert von der bürgerlichen Bildungspolitik, welche die Interessen der SchülerInnen nicht im Vordergrund habe. Die SP wird, wie Frau Gemeinderätin Wullimann bereits gesagt hat, das Modell 6 notfalls vor die Gemeindeversammlung bringen.
- 2.7. Max Wittwer betont, es gehe um eine Gesamtschulleitung mit Weiterentwicklung eines Geschäftsleitungsmodells. Wie das im Detail zu gestalten ist, kann heute unmöglich in 3 Sätzen gesagt werden. Es gibt hunderte von Aspekten und wie genauer aufgezeigt werden soll, was die Aufgabe der künftigen Gesamtschulleitung ist (um auf das Votum von Frau Wullimann zurückzukommen), ist unklar.
- 2.8. Paul Hartmann findet, dass bei einem Wechsel des jetzigen Führungsmodells von der Kollektivführung zu einem CEO-Modell keinesfalls die Schulleistungen oder die Leistungen der Schulleitenden tangiert werden müssen. Auch das neue Modell ist so umsetzbar, dass die Weiterentwicklung und die Arbeit an den Schulen Freude bereitet. Die grundlegende Änderung wird sein, dass die Mitarbeitenden einen Chef bekommen, den sie bis jetzt nicht hatten, und jeder Chef wird dafür besorgt sein müssen, dass er seine Leute mit einbeziehen kann und die Erfüllung der Ressortvorgaben sichergestellt ist. Übergreifende Sachen werden wie bis anhin funktionieren. Nicht zu vergessen ist, dass der ganze Bereich der Schule stark kantonsbetrieben ist, es sind also klare Aufgaben, Verantwortungen und Kompetenzen vorgegeben und danach hat sich auch die Stadt Grenchen oder der neue Gesamtschulleiter zu richten. Es geht eher in Kleinen darum, eine Zusammenarbeit zu entwickeln, bei der jeder weiss, was zu tun ist und keine Leerläufe entstehen. Der grösste Einfluss hat das Modell auf die Schulverwaltung haben, welche künftig nicht mehr dem Stadtpräsidenten, sondern dem Schulleiter unterstellt, mit dem die Aufgaben abgestimmt werden müssen.

Wenn er das Gefühl hätte, dass die Schule Grenchen, welche gut funktioniert torpediert oder ihn ihren Qualitäten geschwächt worden wäre, hätte er diesem Modell sicher nicht zugestimmt. Ob das neue Modell besser wird oder nicht, liegt, Frau Wullimann, daran, ob ihr „Nein“ oder ihre Haltung von anderen als Richtung verstanden wird, das Bestmögliche daraus zu machen, dass es weitergehen kann. Man kann sich für beide Modelle entscheiden, er spricht sich heute aber klar für das Modell 6 mit einer klaren Führung aus.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Der Stadtpräsident geht alle Unterlagen Seite für Seite durch. Es werden keine Fragen zum Verständnis oder dem weiteren Projektablauf gestellt.
- 3.2. Keine Wortmeldungen.

Es wird jeder Beschlusspunkt einzeln abgestimmt, immer mit Resultat 11 : 4 Stimmen.

Bei der Schlussabstimmung ergeht mit 11 : 4 Stimmen folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat beschliesst die Weiterentwicklung des Schulleitungsmodells nach der Modellvariante Nr. 6.
- 4.2. Der Experte wird beauftragt, als Projektleiter die Arbeiten der Projektphase 2 gemäss Projektplan zu betreuen.
- 4.3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat eine entsprechende Vorlage mit den anzupassenden Grundlagen (namentlich Funktionendiagramm) sowie der Änderung der Schulordnung z.H. der Gemeindeversammlung vorzulegen.
- 4.4. Für die Umsetzung der Phase 2 des Projektes wird ein Nachtragskredit von Fr. 20'000.00, inkl. MWST, (Kostendach) zu Lasten LR 2014, Konto 219.318.51, bewilligt.

Vollzug: Experte, GLSG, FKSG, PA, RD

Beilage: Präsentation Max Wittwer

FKSG
GLSG
PA
RD
FV

2.0.8 / LM

Personal GLSG Schulen: Wiederbesetzung der Stelle Schulleitung Halden 80-100 % - Einsetzen eines Wahlausschusses

Vorlage: PA/26.09.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1. Esther-Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, fasst die Vorlage kurz zusammen. Man sehe jetzt, dass 80% reichen werden. Ad interim erfülle Andreas Blaser, Mitglied der Fachkommission Schulen, die Aufgabe (bis Ende Juli 2015, 60%).
2. Eintreten
 - 2.1. Die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Hubert Bläsi, nimmt davon Kenntnis, dass die Stelle jetzt auf 80 Prozent festgelegt wurde. Sie ist für Eintreten und wird Gemeinderat Aldo Bigolin für den Wahlausschuss nominieren.
 - 2.2. Gemeinderat Heinz Müller gibt die Nomination von Gemeinderat Richard Aschberger für den Wahlausschuss bekannt.
 - 2.3. Gemeinderat Andreas Kummer erklärt, dass die CVP-/glp-Fraktion dem Geschäft zustimmen wird und Gemeinderat Marco Crivelli und Gemeinderätin Nicole Hirt in den Wahlausschuss entsenden möchten.
 - 2.4. Wie Gemeinderat Remo Bill ausführt, ist auch die SP-Fraktion für Eintreten und wird dem Geschäft zustimmen. Der Vorschlag der SP für den Wahlausschuss ist Gemeinderätin Angela Kummer.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
3. Detailberatung
 - 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender
4. Beschluss
 - 4.1. Die Stelle Schulleitung Halden 80 – 100 % wird zur Wiederbesetzung freigegeben.

- 4.2. Folgende Personen werden in den Wahlausschuss gewählt:
- SP: Gemeinderätin Angela Kummer.
 - FDP: Gemeinderat Aldo Bigolin
 - SVP: Gemeinderat Richard Aschberger
 - CVP: Gemeinderat Marco Crivelli
 - glp: Gemeinderätin Nicole Hirt
- 4.3. Für die Durchführung der Rekrutierung und allfälliger Assessments wird zL LR 2014 Konto Nr. 028.318.50 ein Nachtragskredit von Fr. 20'000.00 bewilligt.
- 4.4. Für die Inserate-Schaltung in geeigneten Print- und Online-Medien (Schweiz-weit) ist voraussichtlich mit ca. Fr. 15'000.00 zu rechnen. Es wird ein Nachtragskredit von Fr. 15'000.00 zL LR 2014 Konto 028.309.10 bewilligt.

Vollzug: PA

FV
PA

0.2.2 / LM

Personalsteuer - Anpassung Steuerreglement an das Steuergesetz und Überprüfung der Personalsteuer, 2. Lesung

Vorlage: F+I/31.10.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtpräsident François Scheidegger respektiert selbstverständlich die Entscheidung des Gemeinderates, muss aber sagen, dass ihm der Finanzplan Sorgen bereitet. Man kann bei dieser Ausgangslage, insbesondere bei diesem Budget, nicht guten Gewissens an die Gemeindeversammlung vom 3. Dezember 2014 gelangen. Man hat ein Budgetdefizit von 2 Mio. Franken. Er hat sich deshalb erlaubt, das Geschäft heute nochmals zu traktandieren. Er weiss, dass er sich damit nicht unbedingt Freunde damit macht. Er wurde aber nicht gewählt, um sich beliebt zu machen, sondern um Verantwortung für diese Stadt zu tragen. Leider hat er im Budget-Gemeinderat vom 28. Oktober 2014 keine substantiellen Vorschläge gehört, auch nicht von der SVP. Es wurde Kosmetik betrieben. So geht es nicht. Mit einer Personalsteuer kann man das Budget 2015 massgeblich verbessern. Er hat sich auch erlaubt, in Ergänzung der 1. Vorlage einen konkreten Antrag vorzubringen, selbstverständlich in Absprache mit David Baumgartner. Fr. 50.00 scheinen dem Finanzverwalter und ihm massvoll und zumutbar. Fr. 50.00 sind ein solidarischer Beitrag von allen, welche in Grenchen wohnen. Der Vorschlag entspricht im Übrigen der Lösung des Kantons, welche erst vor kurzem verabschiedet wurde, allerdings in der Höhe von Fr. 30.00. Die Stadt Olten hat eine Vorlage in Vorbereitung, welche auch Fr. 50.00 vorsieht. „Gouverner c'est prévoir“, das hat schon sein Vorgänger immer gesagt. Wenn man sich den Handlungsspielraum mittel- und langfristig erhalten will, muss man jetzt handeln und die nötigen Massnahmen in die Wege geleiten. Selbstverständlich kann man nicht nur einnahmeseitig am Budget schrauben, es wird nicht ohne Einsparungen gehen. Für Einsparungen ist es jetzt zu spät. Deshalb wurde der Workshop vom 29. November 2014 organisiert. Er lädt alle Fraktionen und Parteien ein, ihre Vertreter an die Veranstaltung zu entsenden. In diesem Rahmen möchte man zusammen mit den Parteivertretern eine Auslegeordnung vornehmen und ihnen mögliche Handlungsfelder darlegen. Für die Verwaltung ist es wichtig, zu wissen, wie die Politik die Sache sieht, um dann auf diesem Weg weiterfahren zu können. Vielleicht gibt es noch einen zweiten oder dritten Anlass. Die Veranstaltung vom 29. November 2014 ist „ergebnisoffen“. Die Politiker können sich dort wirklich einbringen. Es wäre wünschenswert, wenn möglichst viele am Anlass teilnehmen würden.
- 1.2. David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, erklärt, dass die Vorlage „Personalsteuer“ fast genau der Vorlage der 1. Lesung entspricht. Die einzige Änderung ist der klar formulierte Beschlussesentwurf (siehe Ziff. 4.1).

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Heinz Müller muss zuerst den Stadtpräsidenten korrigieren, dass von der SVP keine substantiellen Einsparungen eingetroffen seien. Naturgemäss sieht die SVP dies natürlich komplett anders. Richtig ist: *Nur* von der SVP sind Sparvorschläge gekommen. Damit, dass man das Geschäft nach zwei Wochen bereits wieder auf die Traktandenliste setzt, hat die SVP-Fraktion schon etwas Mühe und einige schlaflose Nächte und sich gemäss der Redensart gefragt hat, „*Wie sag ich's meinem Kinde?*“, Früher wäre es ihm leichter gefallen. Er hofft, dass das einmalig war. Mit der SVP gibt es nach wie vor nicht einfach so eine Gebühren- bzw. eine Steuererhöhung. Ein Defizit einfach mit Mehreinnahmen zu kompensieren, geht nicht auf. Auf der anderen Seite unterstützt es die SVP auch nicht, dass „Gratisbürger“ unsozial in Grenchen leben und von der öffentlichen Infrastruktur profitieren. Die SVP wird deshalb keine Steuererhöhung unterstützen, ohne dass mindestens auf der anderen Seite gleich viele Einsparungen vorgenommen werden. Das hat sie schon das letzte Mal gesagt. Der Zug ist jetzt mehr oder weniger abgefahren. Da die SVP das letzte Mal substantielle Sparvorschläge vorgebracht hat und auf diese nicht eingegangen wurden, legt sich grossen Wert auf den 29. November 2014. Dort hat das Gremium wieder die Möglichkeit, solche Einsparungen, wie sie sich die SVP und andere vorstellen, vorzunehmen. Für die SVP gibt es absolut keine Tabus. Sie ist gespannt, wie das Gremium dort die Einsparungen aufgleisen wird. Sollte dort für die SVP kein Sparwille zu erkennen sein, welcher diesen Namen auch verdient, wird sie die Erhöhung der Personalsteuer an der Gemeindeversammlung ablehnen, Sie wird dies den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wärmstens empfehlen, und zwar nicht nur im Theatersaal, sondern auch schon vorher. Heute ist die SVP für Eintreten, wird sich aber der Stimme enthalten, etwas, das in seiner Karriere höchst selten, vielleicht ein oder zweimal schon vorgekommen ist. Er geht davon aus, dass das Gewicht jetzt ganz klar auf den 29. November 2014 gelegt wird, und dass allen, auch dem linken Politspektrum wieder in Erinnerung gerufen wird, dass sie sich alle vor zwei Wochen im Budget zu einem Sparkurs bekennen haben. Sparen bedeutet per Definition weniger Geld ausgeben. Dies hätte man letztes Mal auf Vorschlag der SVP substantiell tun können. Selbst der Stadtpräsident hat die SVP dort nicht unterstützt. Die SVP hat jetzt ihre Position bekannt geben können und es sollte nun allen klar sein, wann man mit ihr rechnen kann und wann nicht.
- 2.2. Wie Gemeinderat Renato Müller ausführt, wurde in der Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2000 die Personalsteuer angenommen. Damals war die Finanzsituation der Stadt Grenchen dramatisch, die Schulden beliefen sich auf 30 Mio. Franken und der Druck der Gesundung der Finanzlage war enorm hoch. Wie der Finanzverwalter erwähnt hat, wurden damals mehrere Sparpakete geschnürt. Man muss ehrlicherweise auch sagen, dass die Einführung der Personalsteuer die Trendwende damals nicht von sich aus gebracht hat. Es waren andere Massnahmen. Heute ist die Finanzlage nicht so dramatisch wie vor 15 Jahren und dennoch steht Grenchen mit einem Budget 2015 von 2 Mio. Franken am Ende des nächsten Jahres vermutlich vor der Verschuldung. Das muss nicht nur heute, sondern längerfristig mit allen Mitteln bekämpft werden. Man darf nicht mehr auf das Prinzip Hoffnung bauen. Der neu eingeschlagene Weg des Stadtpräsidiums und der Finanzverwaltung, eine Finanzstrategie aufzubauen, stimmt die FDP-Fraktion zuversichtlich. Auch sie wird ihren Beitrag am 29. November 2014 einbringen. Die weiteren Fernziele der Finanzen und Steuern sind nur mit einer starken und gesunden Finanzsituation der Stadt Grenchen erreichbar. Der nun vorliegende Antrag hilft mit, das Ziel zu erreichen. Die FDP-Fraktion hat

sich schon am 28. Oktober 2014 für eine Anpassung der Personalsteuer und die Aufhebung von Ungleichheiten ausgesprochen. Im Sinne der vorgenannten Fernziele tut sie dies auch heute und befürwortet die Anpassung der Personalsteuer auf Fr. 50.00 inkl. der Praxisänderung gemäss Vorlage. Die Aussagen des Stadtpräsidenten und des Finanzverwalters sind nachvollziehbar und unterstützungswürdig. Es ist Zeit, von allen steuerpflichtigen Personen der Stadt Grenchen ein Mindestmass an Solidarität und einen Mindestbeitrag für die Leistungen der Stadt einzufordern. So wird die FDP-Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen.

- 2.3. Die Stadt Grenchen, so Gemeinderat Andreas Kummer, hat bekanntlich ein 2-Millionen-Defizit im Budget. Zu Beginn der Gruppenberatungen zum Voranschlag 2015 war es noch ein 5-Millionen-Defizit. Also muss man sich nicht den Vorwurf gefallen lassen, man hätte nichts gespart. Im Gegenteil, es wurde sogar massiv gespart. Man muss sich auch nicht anhören lassen, man würde einfach ein Defizit mit Steuererhöhungen kompensieren. Das ist natürlich nicht der Fall. Die CVP-/glp-Fraktion haben ihre Hausaufgaben gemacht, so dass dieses Budgetresultat jetzt möglich wurde. Er erinnert daran, dass es zwei grosse Blöcke im Voranschlag gibt: das Soziale und die Bildung. Beim Sozialen gibt es die Sozialgesetzgebung des Kantons und des Bundes und dort kann man so gut wie nichts sparen. Dort ist die Stadt Ausführende nach dem Motto „Den Letzten beissen die Hunde“ – und die letzten sind halt die Gemeinden. Bei der Bildung ist es ähnlich. Dort hat man die kantonale Gesetzgebung, welche der Stadt Vorgaben zur Qualität, zu den Klassengrössen, den Löhnen etc. macht. Dort liegt auch nichts mehr drin. Und wenn noch etwas läge, dann würde es direkt die Kinder treffen, was nicht sinnvoll und von der CVP-/glp-Fraktion nicht gewollt ist. Es wurde massiv gespart und trotzdem hat man ein 2-Millionen-Defizit. Im Moment wurde man das Möglichste getan. Wenn man weiterhin etwas gegen das Defizit unternehmen will, muss man dies längerfristig angehen. Deshalb begrüsst die CVP-/glp-Fraktion auch den Workshop vom 29. November 2014. Im Rahmen dieses Gefässes muss man vorausschauend, über Monate hinweg tatsächlich tabulos über die Finanzen sprechen können. Da nützen einzelne Hüftschüsse anlässlich einer Budget-Gemeinderatssitzung halt nichts, um das Budgetdefizit zu beseitigen. Das kann nicht der Weg sein. Andreas Kummer schliesst sich seinen Vorrednern an, welche von der Solidarität gesprochen haben, und zwar von allen Mitbürgern, welche ihren Beitrag leisten sollen, damit man möglichst ausgeglichene Finanzen hat. Nur ausgeglichene Finanzen garantieren auch die Leistungen des Staates in Zukunft, beispielsweise für Bildung, welche der CVP-/glp-Fraktion sehr am Herzen liegt, und für die Förderung der allgemeinen Wohlfahrt. Deshalb hält sie die Erhöhung der Personalsteuer auf Fr. 50.00 für massvoll, sozialverträglich und verantwortbar. Die CVP-/glp-Fraktion wird deshalb der Vorlage zustimmen.
- 2.4. Laut Gemeinderätin Clivia Wullimann war auch die SP-Fraktion verärgert, dass man das Geschäft schon wieder bringt. Damals war die Haltung der SP klar. Sie lehnt die Erhöhung der Personalsteuer grundsätzlich ab, weil sie sehr unsozial ist. Der arme Schlucker zahlt genauso viel Steuern wie der Millionär. Nebenbei gesagt, auch die gewählten GR-Mitglieder haben die Verantwortung für die Stadt, nicht nur der gewählte Stadtpräsident. Momentan ist die Finanzlage der Stadt nicht dramatisch. Man muss schauen, wo es in Zukunft Sparpotential gibt. In diesem Punkt gibt sie dem Stadtpräsidenten und Finanzverwalter Recht. Es ist durchaus möglich, dass man dies machen kann. Hier ist die SP offen. Sie ist aber gegen eine versteckte Gebühr, welche hier eingeführt werden soll. Die Veranlagungskosten, welche der Kanton der Stadt aufbrummt, sollen letztlich so abgegolten werden. Die SP wird dies bekämpfen.

Im Gegensatz zur SVP hat die SP eine Haltung: sie ist dagegen und wird dies auch so bekunden. Wenn die SVP mit ihrem vehementen Nicht-Stimmen der Lösung, die Personalsteuer zu erhöhen, zum Durchbruch verhilft, ist es dann nicht redlich, an der Gemeindeversammlung dem Stimmbürgern zu sagen, das Gremium am 29. November 2014 habe nichts zustande gebracht und deshalb sei die SVP gegen die Erhöhung der Personalsteuer. Die SP hingegen sagt ihren Wählern klipp und klar, dass sie gegen die Erhöhung der Personalsteuer ist, und wird das Geschäft auch an der Gemeindeversammlung weiterhin bekämpfen.

- 2.5. Wenn man weiss, so Heinz Müller, wie die Abteilungen jeweils budgetieren (sie wollen Fr. 10.00 und nehmen Fr. 15.00 im Budget auf) und die Gruppenberatungen zum Voranschlag vorstatten gehen, ist das noch keine Heldentat, so „massiv“ zu sparen. Man kennt das Spiel. Das ist keine grosse Heldentat. Das war schon eher die „Wandtafel“-Übung im letzten Gemeinderat. Sein Fraktionskollege Richard Aschberger hinterfragt diese Ausgaben schon seit Jahren. Der Gemeinderat hat hier immer die gleiche Haltung gehabt. Gut, wenn die SP resp. Cliva Wullimann meint, die SVP habe jetzt keine Haltung und sie habe eine. Dann ist Heinz Müller gespannt, wie die SP reagieren wird, wenn die SVP am 29. November 2014 mit ihren Vorschlägen kommt. Dann kann sie Haltung zeigen und er hofft, dass sie dann auch Haltung wahren wird.
- 2.6. François Scheidegger verwahrt sich gegen die Unterstellung, dass die Verwaltung nicht ernsthaft budgetiere. Die Abteilungen geben seriöse Budgets ab und die Gruppenberatungen zum Voranschlag sind eine Knochenarbeit. Es ist nicht selbstverständlich, dass sich die Beteiligten ein bis zwei Tage zur Verfügung stellen, um das Budget durchzukämmen. So konnten 3 Mio. Franken eingespart werden. Ein erster Wurf - das kann der Finanzverwalter bestätigen - beinhaltete ein Defizit von 5.5 Mio. Franken. Das war absolut dramatisch. Trotzdem hat man es nicht fertig gebracht, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Umso mehr besteht jetzt Handlungsbedarf.

Eintreten wird mit 7 :5 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Ziff. 4.1. und 4.2. des Antrags werden mit je 7 : 5 Stimmen, bei 3 Enthaltungen gutgeheissen.

4. Beschluss

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung (GRB 2886/11.11.2014):

- 4.1. § 5a des Steuerreglements bezüglich Personalsteuer wird wie folgt geändert:

¹ Jede volljährige Person, auch in ungetrennter Ehe lebende Ehegatten, die am Ende der Steuerperiode oder der Steuerpflicht in der Gemeinde aufgrund persönlicher Zugehörigkeit steuerpflichtig ist, entrichtet eine Personalsteuer von 50.00 Franken.

- 4.2. Diese Änderung tritt nach der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung am 1. Januar 2015 in Kraft, unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch das Finanzdepartement.

Vollzug: FV, RD, KZL

GV

FV

RD

9.1.0.0 / LM

Spezielle Förderung Schuljahr 2015/16 – Antrag 36 Förderlektionen für die Primarschule

Vorlage: GLSG/28.10.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Jacqueline Bill, Schulleitung Zentrum, stellt die Vorlage ausführlich vor. Grenchen habe mit 2 anderen Gemeinden in Solothurn Kleinklassen. Es herrsche Konsens, dass auf nächsten Sommer 2 Varianten dem Gemeinderat vorgelegt werden sollen: Auflösung aller Kleinklassen oder Mix-Modell. Das Volksschulgesetz sehe Regelklassen mit heilpädagogischer Unterstützung vor. Andererseits gebe es den Regierungsratsbeschluss, der auf Grund von Schulversuchen Auswertungen machte und der KR-Beschluss, der die Phase bis 2018 beschreibt und einen Leitfaden der Förderstufen vorsieht. Die Förderstufe A sei der Grund für die Vorlage: Vor der Zuteilung in eine Kleinklasse soll ein Kind 2 Semester lang integrativ betreut werden. Man könne ein Kind nicht einfach in eine Kleinklasse schicken. Zielt sei ohnehin nicht die Kleinklasse; viele hätten in Deutsch oder Mathematik ganz unterschiedliche Begabungen. Zunächst habe man 21 Lektionen geplant. Das reiche aber nicht. Es brauche nun 1 Lektion pro Primarklasse. Die Maximalkosten für eine Heilpädagogische Fachperson sei LK 21 (Endklasse), effektiv aber heutige LK 18. Der Kanton subventioniert die Kosten von Fr. 81'000.00 brutto zu 25% → netto Fr. 61'000.00.

2. Eintreten

- 2.1. Wie Markus Neuhaus, Ersatz-Gemeinderat, ausführt, ist sich die Fraktion der SP Grenchen durchaus bewusst, dass mit dem Budget 2015 keine grossen Sprünge mehr möglich sind. Sie ist aber der Meinung, dass man bei der einzigen Ressourcen, die in der Schweiz vorhanden sind, nämlich der Bildung, ist es durchaus vertretbar, die netto ca. Fr. 60'000.00 für die 36 Förderlektionen der Primarschule Grenchen und somit in unseren Nachwuchs zu investieren. Was sich aber der Gemeinderat in den nächsten Jahren überlegen sollte, ob man nicht von den getrennt geförderten Schulen, das heisst man führt in der Primarstufe Normalklassen, Einführungsklassen, und Kleinklassen separat, auf das integrative Schulsystem umschwenken sollte! Die SVP sollte sich aus Spargründen zur integrativen Schulung wechseln. Das aktuelle Schulsystem hat den Nachteil, dass man viele heilpädagogische Stunden in vielen Klassen für wenig Kinder hat, dies hat zur Folge, das man für die zum Teil leistungsschwächeren Schüler in der Normalklasse zusätzliche Heilpädagogische Stunden braucht, wie sie nun beantragt werden.

Mit der Integrativen Primarschule, wäre es möglich, die vielen heilpädagogischen Stunden auf mehr Kinder zu verteilen, und es wären keine zusätzlichen HP-Stunden mehr nötig. Die SP-Fraktion wird dem Antrag für 36 Förderlektionen für die Primarschule zustimmen.

- 2.2. Gemeinderätin Nicole Hirt bemängelt den laufenden Ausbau von Sonderförderung in den Regelklassen für egal was für Probleme. Die Klein- und Werkklassen waren ein Erfolgsmodell; fast alle SchülerInnen fanden eine Anschlusslösung. Deshalb hätten sie im Kantonsrat für die Beibehaltung gekämpft. Sie fühlen sich vom Volksschulamt hinters Licht geführt. Der Leitfaden zur speziellen Förderung gelte nun dennoch; der Versuch ist aber noch nicht einmal fertig. - Von der versprochenen Kostenneutralität ist nichts zu sehen. Das Geld wandert von den Klassen in die Verwaltung ab. Der schulpsychologische Dienst sei nun nicht mehr in Grenchen, sondern in Solothurn. Der Kanton dränge die Gemeinden zur integrativen Schule. Der einzelne Schüler erhalte so weniger Unterstützung. Schon nach 1 Jahr werden nun Mehrlektionen verlangt. Und was ist, wenn doch nicht so viele Stunden benötigt werden, weil z.B. die vorschulischen Bemühungen Früchte tragen?
- 2.3. Gemeinderat Richard Aschberger dankt für das Votum von Nicole Hirt, dem könne sich die SVP anschliessen. Sie lehnt die Erhöhung ebenfalls strikte ab, sie ist der Meinung, man soll nochmal für ein Jahr mit den 21 Lektionen weiterfahren, vielleicht weiss man dann auch mehr, was vom Kanton her Neues kommt oder nicht kommt. Nettokosten von wiederkehrend zusätzlich über Fr. 60'000.00 sind unglaublich für etwas, das gar nicht nötig und auch nicht vom Gesetz her vorgeschrieben ist, es ist einmal mehr eine Luxuslösung und das lehnt SVP ab. Übrigens, wer gestern den Tagesanzeiger gelesen hat, konnte dort am Beispiel Zürich erfahren, was dort los ist mit dem Therapiewahn an den Schulen. Dort werden aktuell knapp ein Drittel aller Schüler irgendwann während der Schulkarriere speziell betreut mit Logopädie, Ergotherapie, Psychomotorik usw. Es kann nicht angehen, dass wir das nun auch bei uns einführen wollen, daher gilt es, die weitere Aufstockung von solchen Sonderprogrammen zu stornieren. Dieses Therapieren nach dem Giesskannenprinzip ist einfach nur eine Verschleuderung von Steuergeldern und hilft vor allem den daran verdienenden Experten und Spezialisten. Schauen wir den Tatsachen einfach mal in die Augen, je mehr solcher Programme es gibt, je mehr abgeklärt wird, desto mehr wird auch gefunden. Keiner findet nichts, sein Job wäre ja dann überflüssig. Das gleiche ist eben im Raum Zürich aktuell der Fall. Natürlich gibt es Kinder mit Entwicklungsstörungen, nämlich je nach Studien 3-10 Prozent, doch dass man auch bei uns das doppelte oder dreifache findet ist schlichtweg unglaublich. Es kann doch nicht sein, dass in einer Generation nur noch Kinder mit Störungen in Grenchen herumlaufen. Etwas muss er noch richtigstellen: Nicole Hirt und andere Gemeinderäte können das bestätigen, da sie ebenfalls an der Sitzung waren. Er spricht den Punkt 3.3 an, respektive den runden Tisch. Es fand überhaupt rein gar keine Übereinstimmung statt betreffend den Antrag über die 36 Lektionen. Es wurden kritische Fragen geäußert und es wurde auch aufgeklärt, was passiert, wenn man bei den 21 Lektionen bleibe. Es ändert sich nichts, wie gesagt, es ist keine Vorschrift vom Kanton. Er bittet darum, dass, wenn man Schlüsse aus runden Tischen und Sitzungen zieht, dass diese dann auch tatsächlich der Sachlage entsprechen und nicht persönlich eingefärbt sein dürfen. Wer nur die Vorlage gelesen hat, musste davon ausgehen, dass Konsens herrschte, aber Gott bewahre, dass er jemals so etwas zustimmen werde, das war nun wirklich nicht der Fall betreffend Mehrlektionen. Danke für die Kenntnisnahme.

- 2.4. Gemeinderat Aldo Bigolin: Da der Kanton den Schulversuch 4 Jahre verlängert hat, könne Grenchen sich Zeit nehmen. Er könne sich den Weg von Nicole Hirt vorstellen, wenn rechtlich abgeklärt.
- 2.5. Gemeinderat Hubert Bläsi; die heilpädagogische Person unterrichte ja nicht; er möchte wissen, was sie denn macht.
- 2.6. Gemeinderat Andreas Kummer: die CVP habe sich mit Jacqueline Bill intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt. Wenn die Gemeinde das altrechtliche System beibehalte, will dann der Kanton, dass sie alles selbst zahlt? Das sei nicht fair. – Mehr Lektionen schaffen Nachfrage nach mehr Förderung. → CVP will bei 21 Lektionen bleiben; Erfahrungen abwarten, bei Bedarf reagieren.
- 2.7. Jacqueline Bill: Wenn die Gemeinde beim Alten bleibe, gebe es Folgekosten bei er Primarschule. - Viele Eltern wollen ihr Kind nicht in Kleinklassen, die seien auch diskriminierend; was an denen ist denn Erfolgsmodell? Keine Gemeinde, die gewechselt hat, habe zurückgewechselt. Wenn ein Kind aus Bern zuzügelt, gibt's Probleme, weil es dort integrative gefördert wurde. Der Schulpsychologische Dienst sei nach wie vor in Grenchen; niemand müsse nach Solothurn. Vor 4 Jahre (2018) ändere sich nichts; dann muss Grenchen die Kleinklassen auflösen. - Die Schule sei kein Betrieb mit In- und Output. Mehr Unterstützung bringe nicht automatisch bessere Schüler. Grenchen hat immer einen hohen Anteil an Kleinklassen 7 – 8 %. Im Moment 3 Kleinklassen, 2 brauchen einen Assistenten, weil zu gross. 1 Kleinklasse koste Fr. 157'000.00, ev. müssen sie bald eine neue eröffnen.
- Die Eröffnung brauchen sie *jetzt*; die Kinder brauchen *jetzt* Hilfe, damit sie in der Regelklasse bleiben können. - Die Förderperson beobachte das Kinde und seine Arbeit und bespreche sich bei Bedarf mit der Lehrperson. → es gibt einen Förderplan, der mit den Eltern besprochen wird. Z. T. haben auch die Eltern einen Part, um das Kind zu unterstützen. Nach 1 Semester gibt es eine Zwischenanalyse. Das mache sie auch im Kindergarten mit viel Erfolg. V.a. nötig sei Deutsch und Mathematik, z.T. aber auch Arbeitsverhalten, Lernverhalten... Je nachdem kommt noch Schulsozialarbeit, Logopädie, Heilpädagogik ... ins Spiel. Der Gemeinderat solle jetzt nicht einfach NEIN sagen; sie würden die Poolstunden nur einsetzen, wenn nötig. Aber für die hier diskutierten Aufgaben gebe es eben keinen Pool, sondern eine fest angestellte Person.
- 2.8. Gemeinderat Heinz Müller: Wo ist denn der Erfolg? Viele können bei Lehrbeginn schlecht Lesen, Schreiben und Rechnen. Man solle die Lehrkräfte arbeiten lassen und sie nicht mit Spezialaufgaben belasten, Burnout-Risiko.
- 2.9. Jacqueline Bill: gerade dafür sei es eine Hilfe für die Lehrer, die eine schwierige Klassenmischung haben. Erfolg sei nicht messbar.
- 2.10. Andreas Kummer: Auch die integrative Förderung könne die Kinder ausgrenzen. Seine Tochter war in der Kleinklasse und jetzt in Sek K. Das sei für sie sehr gut.
- 2.11. Jacqueline Bill: Es sei immer gut, wenn die Eltern das Kind stützen. Das Umfeld stigmatisiere.
- 2.12. Vize-Stadtpräsident Urs Wirth will eine Lanze brechen; das Volk habe Stellung bezogen. Angesichts der Zeiterscheinungen und sehr viel schwierigeren Kindern sei Stützung nötig. In der HPS habe im 2000 1 Pausenaufsicht genügt. Jetzt braucht es 3 -4 Personen. Einzelne Kinder müssten einzeln begleitet werden!

Eintreten wird einstimmig beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Nicole Hirt bezieht sich auf Ziff. 6.1. und stellt den Antrag, beim Status quo zu bleiben.

Der Antrag von Nicole Hirt wird mit 7 : 8 Stimmen abgelehnt.

- 3.2. Die Ziffern 6.2. bis 6.5. werden mit je 8 : 7 Stimmen gutgeheissen.

In der Schlussabstimmung ergeht mit 8 : 7 Stimmen folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Ressortleiterin Spezielle Förderung zur Umsetzungsplanung der Speziellen Förderung an den Schulen Grenchen. Die 36 Lektionen für zwei Schulische Heilpädagoginnen sollen im Schuljahr 2015/2016 finanziert werden.

- 4.2. Zu Lasten LR 2015, Konto 210.302.00 Besoldungen, wird für das Jahr 2015 ein Nachtragskredit von Fr. 81'255.00 bewilligt. Es kann mit einem Kantonsbeitrag von 25 % an die Kosten gerechnet werden. Zu Lasten Konto 210.310.20 Schulmaterial, wird für das Jahr 2015 ein Nachtragskredit von Fr. 1'000.00 bewilligt.

- 4.3. Für das Budget 2016 sind zu Lasten Konto Nr. 210.302.00 Besoldungen Fr. 113'757.00 und zu Lasten Konto 210.310.20 Schulmaterial Fr. 1'400.00 aufzunehmen.

- 4.4. Die Geschäftsleitung wird beauftragt, dem Gemeinderat zwei Umsetzungsvarianten für die Spezielle Förderung mit einer möglichen Kostenabschätzung auszuarbeiten:
- Variante «Aufhebung aller Kleinklassen – vollständige Integration»
 - Variante «Bilden von Klassen für besondere Förderung gemäss Berner Modell»

- 4.5. Das Geschäft soll dem Gemeinderat vor den Sommerferien 2015 vorgelegt werden.

Vollzug: GLSG

FKSG
GLSG
FV
PA
SV

2.6.5 / LM

Statistiken und Prognosen aus verschiedenen Schulbereichen der Stadt Grenchen / Genehmigung des Pensenantrages an den Kanton für das Schuljahr 2015/16

Vorlage: GLSG/30.10.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1. Rolf Glaus Schulleitung Bezirksschule Grenchen-Bettlach, gibt anhand von Folien ergänzende Erläuterungen zur Vorlage (siehe Beilage). Er zeigt namentlich die steigenden Schülerzahlen. So sei auf 2017/18 ein neuer Kindergarten nötig. Weiter kann für Kindergärten nicht geplant werden. Auch bei den Primarschulen wird mit weiteren Klassen gerechnet. Im 2015/16 werden sie keine neue Primarklasse eröffnen, um zu sparen, obwohl sie dann einen Klassenschnitt von 22.2 SchülerInnen haben (Ziel 20). Bei Sek K wird eine Abnahme erwartet. - Der Flüchtlingsstrom kann Folgen haben und ev. eine 2. Fremdsprachenklasse erfordern.

2. Eintreten

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

3. Detailberatung
 - 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss
 - 4.1. Von den Statistiken, den Ausführungen und Schlussfolgerungen wird Kenntnis genommen.
 - 4.2. Der Pensenantrag an den Kanton wird genehmigt.

Vollzug: GLSG

Beilage: Präsentation

GLSG
FKSG
FV
PA

2.0.9 / LM

Ornithologischer Verein Grenchen / Baurechtsvertrag GB Grenchen Nr. 1755 / Erneuerung

Vorlage: LAB 2/22.10.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1. Stadtbaumeister Daniel Gäumann fasst die Vorlage kurz zusammen und zeigt auf einem Plan den betreffenden Standort.

2. Eintreten
 - 2.1. Gemäss Gemeinderat Alexander Kaufmann besteht der Ornithologische Verein Grenchen schon seit 1880 und bezweckt Schutz, Pflege und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen von Vögeln, anderen Tieren, Pflanzen und Menschen und die Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt schwergewichtig in Grenchen. Die SP-Fraktion ist erfreut um die Erneuerung des Baurechts und unterstützt der Anhebung des Baurechtszinses um Fr. 640.00 auf neu Fr. 2'000.00 pro Jahr. Seit 2005 ist der Vogel- und Naturschutz Grenchen ein eigenständiger Verein und leistet hervorragende Arbeit im Interesse des Vogelschutzes und deren Lebensräume. Leider ist in Anbetracht des Themas auch klar, warum der Verein sich gegen den Windpark und die Pistenerweiterung Ost stellt. Er hofft, dass eine gegenseitige Kompromissbereitschaft und erträgliche Lösungen gefunden werden. Die SP-Fraktion ist für ein Eintreten und empfiehlt, das Geschäft gemäss Beschlussesentwurf anzunehmen.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung: Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss
 - 4.1. Der Erneuerung des Baurechtsvertrages mit den unter Ziffer 2 neu der Vorlage festgelegten Vertragsbestimmungen wird zugestimmt.
 - 4.2. Stadtbaumeister Daniel Gäumann wird ermächtigt, die erforderlichen Dokumente namens und auftrags der Stadt Grenchen zu unterzeichnen.

Vollzug: BD

BD
FV
RD

0.9.1.0 / LM

Motion Clivia Wullimann (SP): Verlängerter Vaterschaftsurlaub: Beschluss über Erheblicherklärung

1. Mit Schreiben vom 19. August 2014 reichte Clivia Wullimann (SP) folgende Motion ein:

Das bisherige Personalreglement der Stadt Grenchen gewährt einen Vaterschaftsurlaub von zwei Tagen.

In einer repräsentativen Umfrage der Westschweizer Zeitschrift „L'Hebdo“ haben sich bereits vor sechs Jahren 79 % der Befragten für einen bezahlten Urlaub für Väter ausgesprochen.

Der Bund gewährt ab dem 1. Juli 2014 für die Geburt eines Kindes zwei Wochen Vaterschaftsurlaub.

Die Stadt Grenchen will zu Recht ein moderner Arbeitgeber sein. Damit die Stadt diesem Anliegen gerecht wird, ist es auch von Nöten das Gesetz anzupassen und den zukünftigen Vätern einen Vaterschaftsurlaub von mindestens einer Woche zu gewähren.

Die Kosten würden sich in Grenzen halten.

2. Begründung der Motionärin

- 2.1. Gemeinderätin Clivia Wullimann sieht dies als moderaten Antrag. Die Stadt Bern gibt 15 (Arbeits-)Tage Vaterschaftsurlaub, die Bundesverwaltung 10 Tage, die SBB 5 Tage, Private geben bis zu 20 Tage. Da sind 2 Tage dürftig. Die Frage hat keine relevante Wirkung auf das Budget, da in der Stadt Grenchen viele Frauen und ältere Männer arbeiten.

3. Erläuterungen

- 3.1. Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, gibt folgende Stellungnahme ab:

- 3.1.1 Gemäss PO § 62 lit c) beträgt der Vaterschaftsurlaub bei der Stadt Grenchen bei der Geburt eines Kindes 2 Tage.

- 3.1.2 Der Vaterschaftsurlaub in der Schweiz ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. Mehrheitlich ist 1 bis 2 Tage in Schweizer Unternehmen üblich. Manche Unternehmen bieten ihren Angestellten freiwillig mehr an. Dies reicht von einer Woche voll bezahlten Vaterschaftsurlaub bis hin zu vier Wochen. Im europäischen Vergleich hinkt die Schweiz den Nachbarländern hinterher. Verschiedene Modelle und Vorstösse, einen längeren Vaterschaftsurlaub oder eine gemeinsam Erziehungszeit gesetzlich festzulegen, scheiterten bis jetzt am Geld.

- 3.1.2 Eine Umfrage des Kantons Luzern hat bei der Persuisse (Schweizerische Konferenz der Personalleiter/innen öff. Verwaltungen) ergeben, dass 10 Kantone 5 Tage Vaterschaftsurlaub gewähren, 2 Kantone 10 Tage (GE/VS) und die restlichen 1–3 Tage.
- 3.1.3 Auch diverse Städte wie Aarau, Bern, Thun, Lausanne, Zürich gewähren mindestens 5 Tage Vaterschaftsurlaub.
- 3.1.4 Die Stadt Grenchen muss sich als attraktive Arbeitgeberin positionieren auch im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Betriebswirtschaftlich ist es wichtig, wertvolles Know-how zu erhalten, indem Mütter und Väter in der Familienphase unterstützt werden und sich damit weiterhin beruflich engagieren, jedoch nicht auf eine ausgeglichene Work Life Balance mehr verzichten wollen.
- 3.1.5 Es gibt Studien, die aufzeigen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern heute ein wichtiges und zentrales Thema ist. Es fordert die jungen Eltern im Alltag organisatorisch, finanziell und emotional stark. Ein längerer Vaterschaftsurlaub würde die Arbeitgeber-Attraktivität sicher steigern und könnte sich bei Rekrutierungen auch positiv auswirken.
- 3.1.6 Eine Woche Vaterschaftsurlaub würde bei der Stadt Grenchen weitere 3 Tage bezahlten Urlaub für den werdenden Vater bedeuten. Es müsste eine Annahme für die Budgetposition einberechnet werden.
- 3.1.7 Im Jahr 2014 hatten bis heute Datum 3 Mitarbeiter Anspruch auf Vaterschaftsurlaub.
- 3.1.8 Der Bezug des Vaterschaftsurlaubs müsste klar definiert und geregelt sein (z.B. innerhalb des ersten Jahres nach der Geburt des Kindes zu beziehen). Die Personalordnung müsste entsprechend angepasst werden.
- 3.1.9 Im 2015 muss die Personalordnung in diversen Punkten in Zusammenarbeit mit der neuen Rechtskonsultantin angepasst werden. Bei der Überarbeitung könnte auch die Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs thematisiert werden.
- 3.1.10 Die Verwaltung beantragt deshalb, die Motion als Postulat erheblich zu erklären.

4. Diskussion

- 4.1. Gemeinderat Hubert Bläsi macht beliebt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und in die Revision der Personalordnung aufzunehmen.
- 4.2. Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 10 : 5 Stimmen folgender

5. Beschluss

- 5.1. Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Vollzug: PA

PA
RD
FV
PK

0.2.2 / LM

Interpellation Remo Bill (SP): Planungsstand der SEK 1 Reform in der Stadt Grenchen

Vorlage: GLSG/27.08.2014

1. Mit Datum vom 19. August 2014 reichte Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Die SEK 1 Reform wird in den Jahren 2016 / 2017 in der Stadt Grenchen umgesetzt.

Damit für das Projekt die erwähnten Termine erfüllt werden können, muss (sollte) eine detaillierte Ablaufplanung für die Umsetzung der Reform vorhanden sein.

Es ist an der Zeit, dass der Gemeinderat - aber auch die Eltern - über den aktuellen Planungsstand informiert werden. Die Information sollte im Gemeinderat mindestens halbjährlich erfolgen.

Ich habe folgende Fragen an die Stadtverwaltung:

- 1. Wie sieht der aktuelle Planungsstand des Projektes «SEK 1 Reform» aus?*
- 2. Welche bauliche Massnahmen müssen umgesetzt werden und bis wann?*
- 3. Mit welchen Kosten für die baulichen Massnahmen muss gerechnet werden?*
- 4. Wie ist der Wissensstand des Lehrpersonals für die geplante Umstrukturierung?*
- 5. Zu welchem Zeitpunkt werden insbesondere die Eltern der betroffenen Kinder informiert?*

2. Beantwortung

2.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der GLSG und der Baudirektion beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3. Begründung

- 3.1. Die SEK 1 Reform, so Gemeinderat Remo Bill, ist ein grosses, komplexes Projekt für Stadt Grenchen. Die Vorbereitungsplanung durch die Schulleitung und Schulverwaltung mit der Baudirektion läuft gut und planmässig. Vielleicht wäre es sinnvoll vor der Urnenabstimmung am 8. März 2015 - zum Beispiel im Februar 2015 - eine öffentliche Informationsveranstaltung für die Einwohner/-innen der Stadt Grenchen zu planen. Lieber einmal mehr zu informieren, das schade sicher nicht. Er ist mit der detaillierten Beantwortung seiner Interpellation zufrieden.
4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

GLSG
BD
FV

2.5.0 / LM

Interpellation Remo Bill (SP): «BMX - Pisten» auf Grenchens Strassen? Der Unterhalt gewisser Strassen in der Stadt Grenchen lässt zu wünschen übrig

Vorlage: BD/03.10.2014

1. Mit Datum vom 19. August 2014 reichte Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

Der Unterhalt der Strassen in der Stadt Grenchen lässt zum Teil zu wünschen übrig. Das ist nicht gut und förderlich für das Image der Stadt. Ich spreche nicht von der Strasse beim Südbahnhof - das Manko dort ist allen bekannt - sondern zum Beispiel von der Däderiz- und Dählenstrasse. Die Mängel sind sichtbar und beim Befahren auch spürbar. Es hat aber auch andere Strassenabschnitte in Grenchen mit den gleichen Mängeln!

Bekanntlich braucht es für die Erschliessung von Gebäuden und Erneuerungen von Werkleitungen (Kanalisation, Strom, Wasser, Gas) Grabarbeiten im Strassennetz. Diese für die Anwohner/-innen sonst schon unangenehmen Arbeiten, werden zum Teil durch «Verzögerungen» in die Länge gezogen. Was aber besonders störend ist, ist die unfachgemässe Instandstellung der erwähnten Strassenabschnitte. Die Steuerzahler Grenchens dürfen erwarten, dass die kostenverursachenden Strassenbauarbeiten durch die SWG fachgerecht ausgeführt werden!

1. *Ist das erwähnte Problem der Stadtverwaltung bewusst?*

Wenn ja: Was wird dagegen unternommen?

2. *Wie werden die Anwohner über den Ablauf und die Termine der Strassenbauarbeiten informiert?*
3. *Gibt es ein Unterhaltskonzept für das Grenchner Strassennetz?*

Wenn ja: Wie sieht das Konzept aus?

4. *Ein einheitlicher Qualitätsstandard auf Grenchens Strassen ist ein Muss!*

Wäre es nicht besser, wenn die Baudirektion die Verantwortung der gesamten Instandstellungs- und Unterhaltsarbeiten des Grenchner Strassennetzes übernehmen würde?

2. Beantwortung

- 2.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Baudirektion beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3. Begründung

- 3.1. Gewisse Strassenabschnitte, so Gemeinderat Remo Bill, sind in einem sehr schlechten Zustand. Die Mängel sind sichtbar und beim Befahren auch spürbar. Das liegt an zum Teil nicht fachgerechter Ausführung der Flickarbeiten, aber auch am Streichen von Investitionsprojekten für den langfristigen Werterhalt der Strassen. Es ist wie bei allen Bauprojekten, ob im Hoch- oder Tiefbau: Die Investition in den Unterhalt ist eine werterhaltende, zwingende Massnahme: Ein Muss. Damit langfristig der Werterhalt unserer Strassen sichergestellt ist, sollten Investitionsprojekte vermehrt umgesetzt werden. Die nachfolgende Generation wird dem Gemeinderat dankbar sein. Wenn man nichts unternimmt, wird der Aufwand grösser und die Kosten höher. Seine Anregung an die Verwaltung: Die Baudirektion sollte die Verantwortung über Instandstellungs- und Unterhaltsarbeiten des Strassennetzes übernehmen und einen einheitlichen Qualitätsstandard definieren. Er ist mit der detaillierten Beantwortung seiner Interpellation zufrieden.
4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

BD
FV
SWG

6.2.2 / LM

Interpellation Clivia Wullimann (SP): Fragen zur Pensionskasse

Vorlage: PA/27.10.2014

1. Am 19. August 2014 reichte Clivia Wullimann (SP) folgende Interpellation ein:

Ausgangslage:

Die bisherige Mitarbeiterin, welche die Buchhaltung der Pensionskasse führte und den Mitarbeitern Auskünfte betreffend ihren Pensionskassenfragen erteilte, wechselt an eine andere Arbeitsstelle innerhalb der Stadtverwaltung. Sie war bisher der Personalchefin unterstellt.

Fragen:

1. *Weshalb wurde die Stelle nicht neu ausgeschrieben?*
2. *Wer übernimmt neu diese Aufgaben?*
3. *Welche konkrete Aufgabe hatte die bisherige Stelleninhaberin (konkrete Aufzählung)?*
4. *Wie war die zeitliche Belastung für diese Aufgaben?*
5. *Welche konkreten Aufgaben hat die neue externe Stelle (konkrete Aufzählung)?*
6. *Wie sieht es dort mit der zeitlichen Belastung aus?*
7. *Welche Dienstleistungen an das Personal werden neu nicht mehr angeboten?*
8. *Wie sieht es mit den Kosten aus? Bitte beide Varianten vergleichen!*

2. Beantwortung

Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation vom Personalamt beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Die Interpellantin kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3. Begründung

Gemeinderätin Clivia Wullimann bedankt sich für die Beantwortung und erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt. Sie wird nochmals nachfassen.

4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

PA
FV

0.2.2 / LM

Mitteilungen und Verschiedenes

- 1. Unterkünfte der Lernenden des ZeitZentrums Grenchen: Gemeindebeitrag der Einwohnergemeinde Lengnau**
 - 1.1. Der Gemeinderat nimmt davon Kenntnis, dass der Gemeinderat von Lengnau an seiner Sitzung vom 21. Oktober 2014 beschlossen hat, das Projekt mit Fr. 10'000.00 zu unterstützen.

- 2. Unterkünfte der Lernenden des ZeitZentrums Grenchen: Sponsoringbetrag der Einwohnergemeinde Bettlach**
 - 2.1. Der Gemeinderat nimmt davon Kenntnis, dass der Gemeinderat von Bettlach beschlossen hat, einen freiwilligen Beitrag von Fr. 22'000.00 an das Wohnheim Zeit-Zentrum zu sponsern, um damit die noch nicht angeschafften Fernsehgeräte für die Zimmer zu finanzieren.

- 3. Finanzieller Beitrag der Stadt Grenchen an Bahn Europameisterschaft 2015 im Velodrome: Dankeschreiben Velodrome Suisse AG**
 - 3.1. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Dankeschreiben von Beat Zbinden, VR-Präsident Velodrome Suisse AG. Dieser bedankt sich herzlich für den Zuspruch der Fr. 100'000.00 als Unterstützungsbeitrag für die Bahn-EM 2015 in Grenchen. Grenchen, die Region und das Velodrome Suisse werden durch diesen Grossanlass weltweit einen zusätzlichen positiven Schub an Bekanntheit erlangen.